

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:

Das Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 242.

Dienstag den 8. Dezember.

1891.

Die Preussische Volksschule und das Centrum.

Unter diesem anspruchsvollen Titel veröffentlicht der „Hamd. Correspondent“ eine Auseinandersetzung, welche, wie ausdrücklich gesagt wird, den neuerdings wieder nachgewundenen Verognissen, daß das Maß der dem Centrum aus kirchenpolitischen Gebiet gemachten Zugeständnisse noch nicht voll sei, mit einigen bisher über den Betrachter gelassenen Gründen entgegenzutreten soll. Vor allem wird ausgeführt, daß die Forderung der Windthorst'schen Schulnotwendigkeit, die Auslieferung der Volksschule an die Kirche, bisher selbst von katholischen Reichstagsmitgliedern, wie Prof. Walther u. s. w. noch nicht erhoben worden sei. Prof. Walther erlangt allerdings die Volksschule als eine Staatsanwendung an und dazu würde sich ohne Zweifel auch das Centrum verstehen, wenn der Staat der Kirche hinlänglichen Einfluß auf die Schule einräumen will, im Prof. Walther für dieselbe in Anspruch nimmt. Vor allem, schreibt derselbe, wird die Religion und Kirche für die Erziehung wie der Familie so auch der Volksschule zu Hülfen kommen müssen und die Staatsgewalt muß ihr darin einen freien ungehinderten Einfluß einräumen.“ In diesem Verlangen schied der Verhütungspolitik nicht den geringsten Anstoß zu nehmen. Er zieht auch aus der obigen Prämissen den Schluß, daß die Volksschule den confessionellen Charakter genau beizubehalten muß, mit andern Worten, daß die confessionelle Erziehung der Volksschule fern durchgeführt werden muß. In einer Uebersicht über die Regelung der Verhältnisse der Volksschule in Bayern, Württemberg, Sachsen und Österreich heißt es: „In Bayern führt die Aufsicht ein von der Regierung bestellter Schulinspector, der der Pfarrer des Schulbezirks, in jedem Schulbezirk ein Bezirksschulinspector, wozu ebenfalls ein Pfarrer genommen wird; über ihnen stehen die von der Regierung aus Geistlichen ernannten Kreis- und Landesinspektoren.“ Vor der Ernennung der Katecheten, Bezirksschulinspektoren wird das Gutachten der Bischöfe eingeholt. Die Bischöfe schreiben die Religionslehrer vor, können auf pastoralen Wege auf die Lehrer einwirken, müssen gehört werden, wenn Verfügungen, die nur die Religion, Disziplin und Recht angehen, die nur die Religion, Disziplin und Recht angehen, die müssen werden.“ Der Verfasser vertritt nun die Ansicht, daß nicht für den neu vorzulegenden Gegenstand eine Annäherung an die oben ihrem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilte bayerische Gesetzgebung empfehlenswerth und unbedenklich sei, da diese den staatlichen Charakter der Volksschule in dem ausführenden (aber nur durch Weisung ausgeübten) Aufsichtsbereich des Staates und der alleinigen Anstellung der Lehrer durch die Regierung behält. Daß der Staat in Bayern mit der Aufsicht über die Volksschulen in weiterer und milderer Beziehung in gleichem weitgehendem Maße (d. h. ausschließlich) geistliche Organe betraut, dürfte als Zweckmäßigkeit angesehen und bedenklich erscheinen und auch in Preußen an manchen Stellen ohne Gefahr nachzuahmen werden können.“ Als oberstes Gebot der Verfasser: „In Verfassungen wegen des künftigen Volksschulgesetzes liegt irgend welcher Grund nicht vor.“ Sehr richtig, wofür der Verfasser Verantwortung im Interesse des Centrums zu übernehmen bemüht ist. Die Ansicht aber, die Grundlosigkeit der Verfassungen, welche bezüglich der neuen Verträge seitens anderer Parteien als derjenigen des Centrums behauptet werden, nachzuweisen, ist völlig misslungen. Wenn die Zugeständnisse an das Centrum, welche der Verfasser hier als „unbedenklich und empfehlenswerth“ bezeichnet, in der That von dem Cultusminister in Aussicht genommen werden, so kann man nur sagen, daß die bisher bezüglich des neuen Gesetzes noch weit hinter dem Maße der gerechtfertigten Berücksichtigung zurückbleiben.

Politische Uebersicht.

Ueber die italienische Kirchenpolitik wurde am Freitag in der Deputirtenkammer zu Rom die Verhandlung fortgesetzt. Dieselbe erhielt eine besondere Bedeutung durch eine große Rede des Ministerpräsidenten Rudini, der die Stellung der italienischen Regierung zum Papst in klarer Weise knüpfte. Beim Beginn der Debatte richtete der Deputirte Rossi unter Bezugnahme auf die Ereignisse während der letzten Walfahrt an die Regierung die Anfrage, ob und in welcher Weise dieselbe die Uebersetzung jener factischen Politik in katholischen Religion den kirchlichen Fanatismus gegen die Integrität und die Sicherheit des Staates hege; fern, ob die Regierung geneigt sei, weitere Verengungen des Vaterlandes dadurch zu verhindern, daß sie eine Politik der Gewissensfreiheit und der gleichen Behandlung aller Kulte zur Richtschnur nähme und den Klerus vom Druck des Baskans befreie, oder indem sie zur Aufhebung des Garantiegesetzes und des ersten Verfassungsaufsatzes schreite. Der Deputirte wies auf die Gefahren hin, welche möglicherweise für Italien aus den Umrissen späterer Etappen zu Gunsten der Herstellung der weltlichen Macht des Papstes entstehen könnten. Rudini erklärte, Italien habe sich die Freiheit des Papstes gewünscht; die Kirche sei es, welche die Freiheit negire, die darin bestehe, daß man nicht verlege, um nicht verletzt zu werden. Reher verlangte die Wählung neuer politischer Parteien, um den vollen weltlichen Charakter des Staates zu verfechten. Darazoli (Recht) billigte den Entwurf des italienischen Patriotismus anlässlich der Bantoon-Affaire, behauptete jedoch, daß die Gegner des Garantiegesetzes sich die bekannten Vorteile zu Nutzen machen. Reher erklärte sich abzuwenden gegen die Abschaffung des ersten Artikels der Verfassung und fragte den Ministerpräsidenten die Rubrik, ob er geneigt sei, die gegenwärtige Regelung der Beziehungen Italiens mit dem Papstthum mittels des italienischen Gesetzes festzuhalten und den Artikel 18 des Garantiegesetzes fortzusetzen anzuwenden. Im besondern Falle werde er für die Regierung und deren Politik stimmen. Nach einer kurzen Rede Bonghi zu Gunsten des Garantiegesetzes verließ unter allgemeiner Spannung der Ministerpräsident sein Redebühnen. Derselbe erklärte in der Einleitung seiner Rede, er begreife nicht, wie die Frage der weltlichen Macht des Papstes, welche seit langer Zeit todt und begraben sei, im italienischen Parlamente neuerdings aufleben konnte. Die weltliche Macht des Papstes sei gefallen, sobald Frankreich Rom verlassen habe, noch vor der militärischen Aktion Italiens. Für die Diplomatie sei nur das Problem der Beziehungen des Papstthums zum Katholizismus und den katholischen Mächten übrig geblieben. Abgesehen sei nur die Haltung Frankreichs und Österreichs gewesen. Frankreich, in einem Titaneinsatz verwickelt, habe sich für die römische Frage nicht interessieren können. Entschieden sei die Haltung Österreichs, Ungarns. Diese Haltung sei aufrichtig und freundschaftlich gewesen, noch aus dem Verdict der damaligen italienischen Vertreter in Wien, Anagni, hervorgehend. Österreich habe erklärt, es sei fest entschlossen, sich in die Frage nicht einzumischen, es könne nicht einmal seine „bons offici“ anfragen. Als Italien die Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Mai 1871 den verschiedenen Kabinetten mittheilte, wäre die Lage eine heikle gewesen, wenn die Reaktionen dagegen Einwendungen erhoben hätten. Wenn dagegen das Gesetz gebilligt wurde, so hatte es einen internationalen Charakter. Auch hierbei sei die Haltung Österreichs, Ungarns maßgebend gewesen. Österreich habe erklärt, an dem Grundsatze der Nichtmischung festzuhalten und die offizielle Zustimmung zu dem Garantiegesetz nicht ertheilen zu können. Betreffs der Maximen des Grafen Kaloky habe Cavallotti hinzuzufügen unter-

lassen, daß es nicht in der Absicht des Ministers gelegen gewesen sei, sich mit der römischen Frage zu beschäftigen, noch die patriotischen Gefühle Italiens zu verletzen. Im Uebrigen sei es fest, daß, wenn die Einheit Italiens bedroht werden sollte, Österreich, Ungarns Armee an Italiens Seite stehen würde. Österreich, Ungarn sei somit der erste Staat gewesen, welcher den internationalen Charakter des Garantiegesetzes proclamat habe. Das Garantiegesetz sei ein Gesetz der Freiheit, dessen Wirksamkeit von dem Glauben an seine Unerschütterlichkeit abhängt. Die Regierung werde den zweiten Theil des Garantiegesetzes betreffend der reservirten Rechte vollständig aufrecht erhalten. Er wünsche, daß der Staat einen weltlichen Charakter trage, die Regierung wolle die Laizische Schule aufrecht halten und entwickeln. Gegen den Vorwurf der Civilisation und gegen die Verschwendung wolle er sich nicht ausdrücken, der gegenwärtige Moment sei jedoch für diese Reformen ungeeignet. Schließlich erklärte der Ministerpräsident: Keine italienische Regierung werde die Einmischung anderer Regierungen in italienische Angelegenheiten gestatten. Die Regierung sei geneigt ihre bisherige Kirchenpolitik aufrecht zu erhalten und die Autorität des Gesetzes sowohl den Mägden als allen Anderen gegenüber zur Geltung zu bringen. Die von Bosis und Cavallotti angelegte Neubildung der Parteien werde weder durch die parlamentarischen Verhältnisse noch durch die Lage des Landes ermöglicht, er könne auch versichern, daß sie auf Ministerbanken keine Weisen, sondern nur Libale und Schiballenen finden würden. (Allgemeiner beifälliger am Schluß der Rede gesteigertes Beifall.) Der Minister des Inneren Nicotera erklärte hierauf, die Frage schiene ihm durch die Rede des Ministerpräsidenten erschöpft; die Auslösung des Ministerrathes sei vollkommen geschehen, er übernehme hierfür die volle Verantwortung. Hierauf wurde die Debatte vertagt.

Zum Hinneffigen Aufstand wird weiter aus Shanghai gemeldet, daß die kaiserlichen Truppen Chanyang wieder erobert haben. Die Aufständischen seien mit großer Verlusten zurückgeschlagen worden und hätten sich in die Berge zurückgezogen.

Zur Prüfung der türkischen Finanzoperationen, an welcher die ottomanische Staatsbank und der kaiserliche Schatz interessirt sind, ist, nach einem Telegramm aus Konstantinopel, auf Verbefehl des Sultans eine Specialcommission ernannt worden. Zum Präsidenten der Commission ist der Finanzminister ernannt worden; zu den Mitgliedern derselben gehört auch der Minister der Gläubiger.

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Der Kaiser trat am Sonnabend Nachmittag um 6 1/2 Uhr mittelst Sonderzuge von der Vorpommern-Gebirge aus die Rückreise über Wittenberge und Charlottenburg nach Potsdam an, von wo aus er sich nach erfolgter Ankunft um 10 Uhr 20 Minuten sofort zu Wagen nach dem Neuen Palais begab. Mit dem Kaiser zugleich trafen auch Prinz Heinrich und Prinz Albert zu Schleswig-Holstein auf der Wileparstation ein und begleiteten den Kaiser direct nach dem Neuen Palais, wo sie zu kurzen Besuchen Wohnung nahmen. Prinz Friedrich Leopold von Preußen begleitete den Kaiser ebenfalls von der Station Görden aus nach Station Wiltberg und verabschiedete sich dort, um sich zu Wagen nach Jagdschloß Glienicke zu begeben. Der Kaiser, Prinz Heinrich und der Prinz Albert zu Schleswig-Holstein begrüßten am Sonnabend Abend im Neuen Palais gleich nach ihrem Eintreffen die Kaiserin und die Prinzessin Heinrich von Preußen. Am gestrigen Vormittag arbeitete der Kaiser zunächst einige Zeit im Neuen Palais allein und gegen 10 Uhr begaben sich die Majestäten mit dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich und dem Prinzen Albert zu Schleswig-



Teppiche, Portièren, Tischdecken, Otto Dobkowitz,

in allen Größen. bester Fabrikate zu Original-Preisen. Betten. **Merseburg, Entenplan 3.**

Weihnachts-Ziehung der Weimar-Lotterie

vom 12.-15. Dezember d. J.

5000 Gewinne i. W. v. 150,000 Mark

Hauptgewinn

1 Mark. — **50,000 Mark.** — **1** Mark

Loose à Stück **1** Mark, 11 St. für 10 Mk., 28 St. für 25 Mk.

(für Porto und Gewinnliste sind 20 Pfg., bei Einschreibesendungen 30 Pfg., beizufügen)

versenden so lange Vorrath reicht

E. Brandt & Co., Erfurt.

Auerbilligste Preise.

Puppen! Puppen!

Hugo Käther, Schmalestraße 11,

empfiehlt sein großes, reichsortirtes Lager

Puppen! Puppen!

aller Arten, gekleidet und ungekleidet.

— Puppenbälge und Puppenköpfe waschbar. —

Ueberzeugung macht wahr!

Schmalestrasse Nr. 11.

Auerbilligste Preise.

Christ-Confect

Gute Waare garantiert.
Reisende Reisetten.
Besondere gegen Magen, 1 Kiste ca.
440 Stück für M. 3.—

Bei Entsendung von 24, 360, 480, 600 oder bei Entsendung von 3 Kisten franco. Stücken mit größeren oder bei dem Confecte von M. 3.50 bis 28. 6.00
Stücken mit 8, 12, 16, 20, 24, 30, 36, 42, 48, 54, 60, 66, 72, 78, 84, 90, 96, 102, 108, 114, 120, 126, 132, 138, 144, 150, 156, 162, 168, 174, 180, 186, 192, 198, 204, 210, 216, 222, 228, 234, 240, 246, 252, 258, 264, 270, 276, 282, 288, 294, 300, 306, 312, 318, 324, 330, 336, 342, 348, 354, 360, 366, 372, 378, 384, 390, 396, 402, 408, 414, 420, 426, 432, 438, 444, 450, 456, 462, 468, 474, 480, 486, 492, 498, 504, 510, 516, 522, 528, 534, 540, 546, 552, 558, 564, 570, 576, 582, 588, 594, 600, 606, 612, 618, 624, 630, 636, 642, 648, 654, 660, 666, 672, 678, 684, 690, 696, 702, 708, 714, 720, 726, 732, 738, 744, 750, 756, 762, 768, 774, 780, 786, 792, 798, 804, 810, 816, 822, 828, 834, 840, 846, 852, 858, 864, 870, 876, 882, 888, 894, 900, 906, 912, 918, 924, 930, 936, 942, 948, 954, 960, 966, 972, 978, 984, 990, 996, 1000
Jeder Kiste wird eine gezeichnete Verpackung als Präsent beigegeben.
G. Rickmann, Dresden, Humboldtstr. 1.

M. Christ,

an der Stadtkirche,

Rathenower Stahl-Drillen 60 Pf.,
do. Nickel-Drillen 1 Mk. 75 Pf.,
do. Nickel-Klemmer 1 Mk. 75 Pf.

Barometer, Thermometer, Operagläser

billigt und gut unter Garantie.

Alle Arten Uhren
billigt und gut unter mehr-
jähriger Garantie empfiehlt
d. O.

Als Hausflächter
empfiehlt sich
Karl Seeburg,
Anstaltsstraße 2.

Für nur 10 Pfennige
kann sich jede Hausfrau überzeugen, welcher
grosse Ersparnis erzielt wird, wenn man zum
Bohnenkaffee bis zur Hälfte gemischt,
Kathreiner's

Kneipp's
Malzkaffee

verwendet: im Geschmack ist gegen reinen
Bohnenkaffee kaum ein Unterschied zu be-
merken. **Probepackete à 10 Pfg.**
sind wie die plombrirte 1/2 und 1/4 Kilo-Packung
mit Bild und Namenszug Kneipp's und mit
unsere Unterschrift versehen. Niederlagen
in allen besseren Geschäften der einschlägigen
Branchen.
(M. à 2423.)
Franz Kathreiner's Nachf., München.

Die Pianofortefabrik

von **C. Rich. Ritter, Halle a/S.,**
Magazin in Merseburg, Gottthardsstraße 39 I,
sollt ihre Fabrikate, **Pianinos ersten Ranges,**
zu nützigen Preisen empfehlen.

Möbel-Magazin von C. Miethe

empfiehlt zu Weihnachtsgeschenken passend:

- Bücherbreiter,
- Servirtische,
- Abstellischen,
- Rauchtische,
- Salontische,
- Scattische,
- Auszugtische (Patent),
- Wandbretter,
- Consolen,
- Säulen,
- Portièren,
- Portièrenstangen.
- Etageren,
- Toiletenspiegel,
- Zierschränken,
- Cigarrenschränken,
- Servirtbretter,
- Nächtische,
- Spiegel,
- Sessel,
- Schreibstühle,
- Kinderstühle,
- Kindertische,
- Klaviersessel.

Weihnachts-Ausstellung

Günstige, bei **F. A. Nägler,**
Puppen, angeklebete,
Puppenköpfe,
Puppengefässe,
Gesellschaftsspiele,
vom Neuesten die
beste Auswahl.
Geller Wachsstock,
Baumstiche und
Bannschlichter,
Porzellanfiguren und
Eigaren-Etuis,
Serpentin-Wärmefine,
Lametta,
Markt Nr. 18.
Richter's Anker-Steinbaukasten in größter Auswahl.

Ausverkauf in Kleiderstoffen.
Wegen Aufgabe dieses Artikels verkaufe mein ganzes
Lager in Kleiderstoffen zu und unter Einkaufspreis aus.
A. Günther, Markt 19.

Heute Dienstag
Hausgebotene Durch
Otto Zachow.

Grimmer's Musik-Theater
im „Thüringer Hof“
Dienstag den 8. Dezember
Commerzienrath Dr. Müller
und seine Arbeiter.
Neuer Schauspiel in 4 Acten. Anfang 8 Uhr.
Mittwoch den 9. Dezember
als Letzte Vorstellung:
Der Aktienbändler,
oder: Wie gewonnen, so zerronnen.
Lebensbild in 3 Acten.

Humbold's Restauration.
Mittwoch Schlachtfest.

Reinlechl's Restauration.
Morgen Mittwoch
Schlachtfest.

Restaurant
Hospitalgarten.
Heute Dienstag
Salzknochen.
H. Sieve H.

2 Schüler
für das Gymnasium finden Oeffen eine Pension,
Näheres beim Kaufmann Herrn Zentgraf-
Heber.

Lehrlings-Gesuch.
Für Oeffen 1 J. Suche ich einen mit den
nötigen Schulfächern ausgerüsteten Lehrling
unter günstigen Bedingungen.
Otto Eichmann.

Mariage!
E. f. geb. Dame, 24 Jahre, m.
großem Vermögen, w. d. Def. e. Date-
toren, Affixoren od. Rechtsanwalter
geh. sp. Verh. zu w. Diskret. Grenz.
Gef. Off. erk. u. M. G. l. post.
Zeit.

Vertreter-Gesuch.
Eine süddeutsche Hopfenhandlung
1. Ranges sucht für Merseburg
u. Umgebung einen in Brauer-
kreisen eingeführten tüchtigen Ver-
treter gegen hohe Provisionver-
gütung. Offerten erbeten unter
V. 1894 an Rudolf Hoffe
in Frankfurt a. M.

Ein Mädchen, am liebsten vom Lande, wird
zu sofortigem Antritt gesucht im
Gasthof zum goldenen Stern in Merseburg,
Neumarkt.

Diejenige Person, welche aus verheiratheter
Ehe ein Kind geboren hat, welches aus der
Kategorie der Wittwen mitgenommen hat, wird
gebeten, dasselbe **Kirchstrasse Nr. 2,**
vorzulegen, abzugeben, widrigenfalls ich polizeilich
erkundigen werde, da die betreff. Person
erkannt worden ist.

Höchste und niedrigste Marktpreise
vom 26. Novbr. bis mit 5. Decbr. 1891.

Weizen, pr. 100 Kl.	24.60 bis 22.00 Kl.
Roggen, do.	25.— bis 23.— „
Gerste, do.	30.— bis 28.— „
Safer, do.	17.— bis 16.— „
Erbsen, do.	26.— bis 20.— „
Binsen, do.	49.— bis 20.— „
Bohnen, do.	22.— bis 18.— „
Kartoffeln, do.	7.50 bis 7.— „
Rindfleisch (von der Keule), pro Kilo	1.70 bis 1.30 „
Schafschaf, pro Kilo	1.30 bis 1.30 „
Schweinefleisch, do.	1.60 bis 1.30 „
Schäpflenschaf, do.	1.30 bis 1.30 „
Kalbfleisch, do.	2.40 bis 2.00 „
Butter, pro Sand	5.20 bis 4.80 „
Eier, pro 100 Kilo	6.50 bis 6.— „
Strah, do.	4.50 bis 4.— „

Marktpreis der Getreide
in der Woche
vom 29. Novbr. bis mit 5. Decbr. 1891
pro Sack 4.50 Kl. bis 9.— Kl.

Siegen eine Veltage.

Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:

des Quartals: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 242.

Dienstag den 8. Dezember.

1891.

Die Preussische Volksschule und das Centrum.

Unter diesem anspruchsvollen Titel veröffentlicht der „Hamb. Correspondent“ eine Auseinandersetzung, welche, wie ausdrücklich gesagt wird, den neuerdings wieder nachgeworbenen Vorlesungen, daß das Maß der dem Centrum auf kirchenpolitischem Gebiet gemachten Zugeständnisse noch nicht voll sei, mit einigen bisher unberücksichtigten Gründen entgegengesetzt ist. Vor allem wird ausgeführt, daß die Forderung der Windthorst'schen Schulantrags, die Auslieferung der Volksschule an die Kirche, bisher selbst von katholischen Reichstagsmännern, wie Prof. Walther u. s. w. noch nicht erhoben worden sei. Prof. Walther erklart allerdings die Volksschule als eine Staatsanwendung an und dazu würde sich ohne Zweifel auch das Centrum verstehen, wenn der Staat der Kirche denjenigen Einfluß auf die Schule einräumen will, den Prof. Walther für dieselbe in Anspruch nimmt. Vor allem, schreibt derselbe, wird die Religion und Kirche für die Erziehung wie der Familie so auch der Volksschule zu Hilfe kommen müssen und die Staatsgewalt muß ihr darin einen freien ungehinderten Einfluß einräumen.“ In diesem Verlangen sieht der Verfassergemeinschaft nicht den geringsten Anstoß zu nehmen. Er zieht auch aus der obigen Prämissen den Schluß, daß die Volksschule den confessionellen Charakter genau beizubehalten muß, mit andern Worten, daß die confessionelle Erziehung der Volksschule festzuhalten ist. In einer Uebersicht über die Regelung der Verhältnisse der Volksschule in Bayern, Württemberg, Sachsen und Oesterreich heißt es: „In Bayern führt die Aufsicht ein vorder der Regierung bestellter Schulinspektor, ferner der Pfarrer des Schulbezirks, in jedem Bezirke ein Bezirkschulinspektor, wozu ebenfalls ein Pfarrer genommen wird; über ihnen stehen die von der Regierung aus Geistlichen ernannten Kreis- und Schularchitekten.“ Vor der Ernennung der Katecheten, Bezirkschularchitekten wird das Gutachten der Bischöfe eingeholt. Die Bischöfe schreiben die Religionsbücher vor, können auf postularem Wege auf die Lehrer einwirken, müssen gehört werden, wenn Verfügungen, die nur die Religion, Disziplin und Zucht angehen, erlassen werden.“ Der Verfasser vertritt nun die Ansicht, daß vürzlich für den neu vorliegenden Gesetzentwurf eine Annäherung an die oben ihrem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilte bayerische Gesetzgebung empfehlenswerth und unbedenklich sei, da diese den staatlichen Charakter der Volksschule in dem ausschließlichen (aber nur durch Gesetzliche ausgedehnten) Aufsichtsbereich des Staates und der alleinigen Anstellung der Lehrer durch die Regierung behält. Daß der Staat in Bayern mit der Aufsicht über die Volksschulen in weiterer und mittlerer Instanz in ziemlich weitgehendem Maße (d. h. ausschließlich) geistliche Organe betraut, dürfte als Zweckmäßigkeitsmaßregel unbedenklich erscheinen und auch in Preußen an manchen Stellen ohne Gefahr nachgeahmt werden können.“ Nach alledem sagt der Verfasser: „In Bezugnahme wegen des künftigen Volksschulgesetzes liegt irgend welcher Grund nicht vor.“ Sehr richtig, wofür der Verfasser dem Verfasser im Schilde des Centrum zu danken bemüht ist. Die Absicht aber, die Grundlosigkeit der Befürwortung, welche bezüglich der neuen Vorlage seitens anderer Parteien als derjenigen des Centrum abgelehnt werden, nachzuweisen, ist völlig mißlungen. Wenn die Zugeständnisse an das Centrum, welche der Verfasser hier als „unbedenklich und empfehlenswerth“ bezeichnet, in der That von dem Cultusminister in Aussicht genommen werden, so kann man nur sagen, daß die bisher bezüglich des neuen Gesetzentwurfes im liberalen Kreise geübten Befürwortungen noch weit hinter dem Maße der gerechtfertigten Befürwortungen zurückbleiben.

Politische Uebersicht.

Ueber die italienische Kirchenpolitik wurde am Freitag in der Deputirtenkammer zu Rom die Verhandlung fortgesetzt. Dieselbe erhielt eine besondere Bedeutung durch eine große Rede des Ministerpräsidenten Rudini, der die Stellung der italienischen Regierung zum Papst in klarer Weise darlegte. Beim Beginn der Debatte richtete der Deputirte Rossi unter Bezugnahme auf die Ereignisse während der letzten Wallfahrt an die Regierung die Anfrage, ob und in welcher Weise dieselbe die Ursachen jener factischen Politik zu beseitigen gedenke, die unter Mißbrauch der katholischen Religion den kirchlichen Fanatismus gegen die Integrität und die Sicherheit des Staates hege; ferner, ob die Regierung geneigt sei, weitere Verengungen des Vaterlandes dadurch zu verhindern, daß sie eine Politik der Gewissensfreiheit und der gleichen Behandlung aller Kulte zur Ausführung bringe, oder indem sie zur Aufhebung des Garantiegesetzes und des ersten Verfassungsaufsatzes schreite. Der Deputirte wies auf die Gefahren hin, welche möglicherweise für Italien aus dem Umrücken seiner Seiten zu Gunsten der Herstellung der weltlichen Macht des Papstes entstehen könnten. Dario erklärte, Italien habe sich die Freiheit des Papstes gesichert; die Kirche sei es, welche die Freiheit meide, die darin bestehe, daß man nicht verleihe, um nicht verlegt zu werden. Rudini verlangte die Billigung neuer politischer Parteien, um den vollen weltlichen Charakter des Staates zu verfechten. Darazoli (Rechte) billigte den Vorschlag des italienischen Parlamentes, daß die Rechte des Papstes, behauptet

lassen, daß es nicht in der Absicht des Ministers gelegen gewesen sei, sich mit der römischen Frage zu beschäftigen, noch die patriotischen Gefühle Italiens zu verletzen. Im Uebrigen habe es sich, daß, wenn die Einheit Italiens bedroht werden sollte, Defterreich, Ungarns Armee an Italiens Seite stehen würde. Defterreich-Ungarn sei somit der erste Staat gewesen, welcher den internationalen Charakter des Garantiegesetzes proclamat habe. Das Garantiegesetz sei ein Gesetz der Freiheit, dessen Wankfalle von dem Glauben an seine Unverletzlichkeit abhängen. Die Regierung werde den zweiten Theil des Garantiegesetzes betreffend der reservirten Rechte vollständig aufrecht erhalten. Er wünsche, daß der Staat einen weltlichen Charakter trage, die Regierung wolle die Volksschule aufrecht halten und entwickeln. Wegen dem Vorrang der Civiltrauung und gegen die Ehescheidung wolle er sich nicht ausgesprechen, der gegenwärtige Moment sei jedoch für diese Reformen ungeeignet. Schlichthals erklärte der Ministerpräsident: Keine italienische Regierung werde die Einmischung anderer Regierungen in italienische Angelegenheiten gestatten. Die Regierung sei geneigt ihre bisherige Kirchenpolitik aufrecht zu erhalten und die Autorität des Gesetzes sowohl den Mitgliedern als allen Andern gegenüber zur Geltung zu bringen. Die von Bovio und Cavallotti angelegte Neubildung der Parteien werde weder durch die parlamentarischen Verhältnisse noch durch die Lage des Landes ermöglicht, er könne auch versichern, daß sie am Ministerbänken keine Befestigung, sondern nur Libale und Wohlwollen finden würden. (Allgemeiner beifälliger Schluß der Rede gefolgter Beschluß.) Der Minister des Innern Nicotera erklärte hierauf, die Frage scheine ihm durch die Rede des Ministerpräsidenten erschöpft; die Auflösung des Reichstages sei vollkommen gesetzlich gewesen, er übernehme hierfür die volle Verantwortung. Hierauf wurde die Debatte vertagt.

Zum chinesischen Aufstand wird weiter ausdifferenzirt gemeldet, daß die kaiserlichen Truppenbesatzung wieder erobert haben. Die Aufständischen seien mit großer Verlusten zurückgedrängt worden und hätten sich in die Berge zurückgezogen.

Zur Prüfung der türkischen Finanzverwaltung, an welcher die ottomanische Staatsbank und der kaiserliche Schatz interessirt sind, ist, nach einem Beschlusse aus Konstantinopel, auf Befehl des Sultans eine Specialcommission ernannt worden. Zum Präsidenten der Commission ist der Finanzminister ernannt worden; zu den Mitgliedern derselben gehört auch der Minister der Civilliste.

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Der Kaiser trat am Sonnabend Nachmittag um 6 1/2 Uhr mittelt Sonderswagen von der Bahnstation Götterde aus die Rückreise der Winterberge und Charlottenburg nach Potsdam an, vor wo er sich nach erfolgter Ankunft um 10 Uhr 20 Minuten sofort zu Wagen nach dem neuen Palais begab. Mit dem Kaiser zugleich saßen auch Prinz Heinrich und Prinz Albert zu Schleswig-Holstein auf der Wipparstation ein und begleiteten den Kaiser direct nach dem neuen Palais, wo sie zu kurzen Besuchen Wohnung nahmen. Prinz Friedrich Leopold von Preußen begleitete den Kaiser ebenfalls von der Station Götterde aus nach Station Wilmersdorf und verabschiedete sich dort, um sich zu Wagen nach Jagdschloß Glienicke zu begeben. Der Kaiser, Prinz Heinrich und der Prinz Albert zu Schleswig-Holstein begrüßten am Sonnabend Abend im neuen Palais gleich nach ihrem Eintreffen die Kaiserin und die Prinzessin Heinrich von Preußen. Am gestrigen Vormittag erkrankte der Kaiser zunächst einige Zeit im neuen Palais allein und gegen 10 Uhr begaben sich die Majestäten mit dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich und dem Prinzen Albert zu Schleswig-



schiedenen Kabineten mittheilte, wäre die Lage eine heftige gewesen, wenn die Redereien dagegen Einwendungen erhoben hätten. Wenn dagegen das Gesetz gebilligt wurde, so hätte es einen internationalen Charakter. Auch hierbei sei die Haltung Oesterreich-Ungarns maßgebend gewesen. Oesterreich habe erklärt, an dem Grundsatze der Nichtmischung festzuhalten und die offizielle Zustimmung zu dem Garantiegesetz nicht ertheilen zu können. Betreffs der Redereien des Grafen Károthy habe Cavallotti hinzuzufügen unter-